

Allgemeines Jüdisches Familienblatt

Leipziger Jüdisches Familienblatt * Leipziger Jüdische Zeitung

WOCHENBLATT FÜR DIE GESAMTEN INTERESSEN DES JUDENTUMS

Anzeigenpreise: 6 gespalt. mm-Zeile 15 Pf. 3 gespalt. Textzeile 60 Pf. Familienanzeigen für Abonnenten gegen Vorzeigung der bezahlten Monatsquittung 10% Rabatt. Anzeigen werden in unserer Geschäftsstelle entgegengenommen. Anzeigenschluß Dienstag abend. Anzeigengebühren von auswärts werden auf Postcheckkonto Leipzig Nr. 52521 unter **Gemeinnützige Werkgemeinschaft, Leipzig** erbeten. Für Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und für Platzvorschrift kann keine Gewähr geleistet werden. Bei Klagen gilt die Zuständigkeit des Amtsgerichts Leipzig als vereinbart.

Redaktion: Allgem. Jüdisches Familienblatt, Löhstr. 6.
Alle Zuschriften und Sendungen nur an die
Geschäftsstelle und Verlag
Druckerei der Werkgemeinschaft, Brüderstr. 19, Telefon 27 499
Erscheint Freitags — Redaktionsschluß Dienstag mittag.
Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt,
wenn Rückporto beiliegt.

Bezugpreise: Für Leipzig 50 Pfg. monatlich, auswärts 70 Pfg. (inklusive Zustellgebühr). Abonnements nehmen alle Postämter entgegen. Streifband-Bezug für Deutschland, Österreich, Saargebiet, Luxemburg, Danzig, Memelgebiet 1.— Mark monatlich, für das übrige Ausland 1.20 Mark monatlich. Bestellungen nehmen entgegen in Leipzig: Hauptgeschäftsstelle Brüderstraße 19, Dresden A. 1, L. Gerber Georgplatz 2, Chemnitz: Grünberg, Fritz Reuterstraße 40.

Aus aller Welt

Eduard Bernstein †

Mit Eduard Bernstein, der hochbetagt im Alter von 83 Jahren aus dem Leben schied, ist ein Mensch, dessen Jugend noch in die Frühzeit der sozialistischen Bewegung hineinreicht, dahingegangen. Bernstein, der als Kind noch Lasalle hatte reden hören, hat ebenso wie dieser trotz persönlicher Entfremdung vom jüdischen Volkstum, niemals den tiefen nationalen Instinkt seiner jüdischen Herkunft verloren. So fand er, in den Siebziger Jahren aus dem Judentum „ausgetreten“, im Kriege innerlich den Weg zur jüdischen Gemeinschaft zurück. Trotz seiner revisionistischen evolutionären Einstellung zum Sozialismus ein ehrlicher Gegner des Völkermordens, war er einer der Mitbegründer einer entschieden sozialistisch-demokratischen Partei und zugleich ein überzeugter Anhänger des Einigungsgedankens der Arbeiterbewegung. Warme Freundschaft verband ihn mit manchen Männern der Poale-Zion, und auf seine Zugehörigkeit zur Liga für das arbeitende Palästina und zum Pro-Palästina-Komitee war er stolz und ließ es sich trotz seines hohen Alters nicht nehmen, an den wichtigen Konferenzen des arbeitenden Palästinas persönlich teilzunehmen. Die Feier seines 80. Geburtstages vor drei Jahren, auf der sein Kampfgenosse Dr. Oskar Cohn in warmen, zu Herzen gehenden Worten, den alten Streiter feierte, wird vielen der Teilnehmer unvergänglich bleiben. Vor einiger Zeit noch fand man eine Diskussion zwischen Kautsky und Bernstein in der sozialistischen Presse, in der Bernstein seine positive Einstellung zum Zionsismus darlegte. Fritz Fraenkel.

Nationalsozialistische Unverschämtheiten. In der „Lübecker Rundschau“, dem Beiblatt des nationalsozialistischen „Lübecker Beobachter“ war kürzlich im Anschluß an einen Vortrag, den Dr. Ludwig Freund in Lübeck gehalten hatte, folgender Satz zu lesen: „Auch die wahren Repräsentanten des Judentums, nämlich Rathenau, Einstein, Liebermann, Döblin, um nur einige zu nennen, sind in unseren Augen Verbrecher am Deutschtum.“ Es hieße, das Andenken des im Dienste Deutschlands ermordeten Walther Rathenau und die Bedeutung der anderen noch lebenden Kulturträger herabsetzen, wollte man sie gegen derartige niedrige Schmähungen in Schutz nehmen. Bezeichnend für den Mut dieses sich deutsch nennenden Schimpfboldes ist, daß er seinen Namen schamvoll verschweigt und nur „XYZ“ zeichnet.

Kennzeichnend ist die obige Auslassung auch insofern, als sie zeigt, daß jeder Jude schon durch sein Judentum unfehlbar als unfähig gebrandmarkt ist.

Jüdische Frontsoldaten als Hüter der jüdischen Ehre. Das „Wiener nationalsozialistische Tageblatt“ hat ebenso wie verschiedene Verfasser antisemitischer Flugschriften wiederholt die Ehre der Juden angegriffen. Wie die „Ita“ nun mitteilt, hat der Bund jüdischer Frontsoldaten Österreichs gegen diese Zeitung und gegen solche Einzelpersonlichkeiten bei der Staatsanwaltschaft in Wien deshalb Strafantrag gestellt. Die jüdischen Frontkameraden Österreichs nehmen mit Recht an, daß sie, die im Weltkrieg Österreich verteidigt haben, vor allem berufen sind, als Verteidiger der jüdischen Ehre vor der Öffentlichkeit aufzutreten.

Arbeit und Ruhe

von Dr. Alfred HIRSCHBERG

stellvertretender Syndikus des Centralvereins

Die Rundfunkrede des Reichskanzlers von Schleicher hat unsere innerpolitische deutsche Situation in leidlichem Maße geklärt und entspannt. Herr von Schleicher nannte mit erfreulicher Deutlichkeit die Dinge beim Namen. Er erhob nur Forderungen, die lebenswichtig sind; seine Rede war besonders interessant durch das, was sie nicht enthielt, was man aber seit einiger Zeit in Kanzlerreden zu hören gewohnt war.

Die Hauptthese des Kanzlers lautet: Das Nächstliegende sofort anfassen, das Fernliegende an sich herankommen lassen.

Die wirtschaftspolitischen Pläne des Kanzlers stehen an dieser Stelle nicht zur Erörterung. Das Problem der Arbeitsbeschaffung als solches ist jedoch auch für die jüdischen Arbeitnehmer von erheblicher Bedeutung. Sie leiden neben der allgemeinen Arbeitslosigkeit unter einer zusätzlichen, die von antisemitischen Untergründen herkommt. Aber Boykott jüdischer Angestellter und Firmen ist letzten Endes ein Ergebnis der ungeheuren Zersetzung und Verhetzung aller Bevölkerungskreise, durch die das Volk sozusagen in eine Anzahl einander feindlich gegenüberstehender Lager aufgeteilt wurde. Es ist außerordentlich viel geschehen, um die Wirkungen dieses Boykottes zu verhüten und ihn selbst einzuschränken. Die jüdischen Juristen Deutschlands kennen sehr genau das Urteilsarchiv des C.V. mit seinen zweieinhalbhundert Entscheidungen. Aber die Verhältnisse von Grund auf ändern kann nur eine Änderung des Volksbewußtseins. Darum begrüßen wir die öffentliche Verurteilung der gewerbsmäßigen Unruhestifter durch den Reichskanzler.

Die Autorität der Regierung, die sich nicht „autoritär“ nennt, wird vom Regierungschef stark genug eingeschätzt um eine Reihe von Ausnahmebestimmungen, die die bürgerlichen Freiheiten innerhalb Deutschlands einschränkt, wieder aufzuheben. Zugleich aber macht der Kanzler darauf aufmerksam, und diesmal mehr in seiner Eigenschaft als Führer der Reichswehr, daß diese Freiheit nicht Zügellosigkeit werden dürfe.

Den deutschen Juden kann nur daran gelegen sein, auch ihre Gleichberechtigung und ihre Ruhe und Sicherheit nicht von der Stärke der Polizei und der Einsatzbereitschaft der Reichswehr abhängig zu wissen. Das achtungs- und verständnisbereite Grundgefühl der Massen uns gegenüber ist eine stärkere Gewähr unserer Gleichberechtigung als Polizei und

Reichswehr. Die deutschen Juden teilen also für ihr Spezialgebiet den Standpunkt des Kanzlers, der sich nicht durch Bajonette, sondern durch die Zustimmung breiter Volksschichten sichern will.

Die Geschichte des letzten Jahrzehnts hat immer von neuem gezeigt, daß alle Zuspitzungen im Politischen und alle Verschlechterungen im Wirtschaftlichen mit der Folgerichtigkeit physikalischer Gesetze sich letzten Endes gegen uns deutsche Juden auswirkten. Ein Regierungsprogramm, das politische Gegensätze mildern und wirtschaftliche Schwierigkeiten lindern will, führt mit Selbstverständlichkeit zu einer Entlastung der Volksseele, die für uns bedeutungsvoll wird. Wir sehen uns dadurch in eine fruchtbare Situation hineingestellt, deren Zeichen wir verstehen und nützen müssen. Denn es scheint, als ob sich endlich wirklich die breite Front aus allen Schichten bildet, die der Centralverein seit Jahren unter dem Schlagwort der „Front der Anständigen“ gefordert hat. Die geistigen, seelischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen, unter denen die Menschen dieser Front zu arbeiten bereit sind, unterscheiden sich durch nichts von der Tat- und Mitarbeitsbereitschaft der überwiegenden Mehrzahl der deutschen Juden. Wenn es endlich dazu kommt, daß hier nicht mehr jede Gruppe für sich arbeitet, sondern viele, fast alle Gruppen für die gemeinsame Sache als Gemeinschaftssache, dann wird der mitarbeitende deutsche Jude an seiner Arbeitsfront eine Fülle von Verhetzung und Vorurteilen zerstören können, die die Anerkennung jüdischer Menschen und der jüdischen Gemeinschaft bisher immer wieder erschwerten.

Das Minimalprogramm des Kanzlers für das deutsche Volk gilt also richtig verstanden auch für unsere jüdische Gemeinschaft in Deutschland: Arbeiten am Nächstliegenden unter Verwendung der vorhandenen praktischen Möglichkeiten. Die Rüstung, die der Einzelne braucht, hat der C.V. geschaffen und stellt sie bereit. Ebenso Pläne und Forderungen für die jüdische Gemeinschaft auf ihrem neuen Werk- und Wegabschnitt. Aber der Einzelne muß seine Verpflichtung zur Arbeit in dieser Zeit erkennen und unter Zurückstellung persönlicher Endziele der Erledigung praktischer Nahziele seine Kraft widmen. Dann wird das deutsche Judentum aus der Zeit eines vorübergehenden Burgfriedens in eine Epoche ehrlichen inneren Friedens gelangen.